

Der Abend  
31./III. 1917

128

## Die Gegenwart und die Zukunft.

Wer in den Zeitungen nicht nur die einzelnen Mitteilungen liest, sondern auf den höheren Standpunkt der zusammenfassenden Betrachtung steht, wer in einer bescheidenen Drahtnachricht Verkündigungen der Zukunft oder Warnungen für die Gegenwart zu finden weiß, dem wird folgendes ausgefallen sein: Gestern brachte die „N. Fr. Pr.“ eine Notiz von sechzehn Zeilen über eines der größten Verbrechen, die in diesem Kriege begangen wurden. Die Mitteilung besagt, daß in dem heute zu Ende gehenden Jahre 22 Aktiengesellschaften mit einem Kapital von 62 Millionen gegründet wurden. Im Jahr 1916 waren es neun mit 27½ Millionen Kapital. Die größte Gründung war, wie es sich ziemt, ein Werk der Kriegsindustrie: die Pulverfabrik der Skoda-Werke und des Herrn Wesler mit 15 Millionen Kapital. — Kapitalserhöhungen wurden von 78 Gesellschaften in einer Höhe von 269 Millionen durchgeführt. Das Aufgeld — die Leser des „Abend“ wissen, was darunter zu verstehen ist und was es bedeutet — ist in dieser Summe nicht mitbegriffen. Den Löwenanteil trugen die Banken weg. Zwanzig von ihnen erhöhten ihr Kapital um 163 Millionen; wieder ohne das Aufgeld. — In derselben Nummer wird zum Bezuge der Aktien der Bodenkreditanstalt aufgefordert, ein Deutezug, über den der „Abend“ vorgestern berichtet hat.

Das war vorgestern und betrifft das Verhältnis der Banken zu Staat und Gesellschaft in Österreich. Heute früh melden die Zeitungen, was der russische Hauptvollzugsausschuß einhellig über die Verstaatlichung der russischen Banken beschlossen hat: im Interesse einer gerechten Organisation des öffentlichen Vermögens, im Interesse einer energischen Ausrottung der Bankpekulationen und völliger Befreiung der Arbeiter und Bauern sowie des ganzen arbeitenden Volkes überhaupt von der Ausbeutung durch die Bankkapitalien und zum Zwecke der im wahren Interesse des Volkes und der armen Klassen gelegenen Schaffung einer einzigen Volksbank der russischen Republik verordnet der Hauptvollzugsausschuß: Die Bankgeschäfte bilden ein Staatsmonopol.

Die vorläufige Führung der Geschäfte der Privatbanken wird dem Räte der Staatsbank übertragen. Die Interessen der kleinen Einleger werden vollständig gewahrt.

Wir sind sicherlich in vielen Belangen vor Umwälzungen wie in Rußland geschickt. Ob sich auch die Banken dieser Sicherheit hingeben dürfen, ist nicht ganz sicher. Was an ihnen selbst gelegen ist, geschieht, um auch hier den Boden, das ist die Stimmung der Öffentlichkeit, für eine Verstaatlichung vorzubereiten, und wenn man heute nicht mehr als Utopie betrachtet, was noch vor kurzer Zeit gegolten hatte, so wird man wohl außer dem Beispiel, das Rußland gibt, die Aufklärungsarbeit, die im „Abend“ geleistet wird, als Ursache bezeichnen müssen. Heute noch vielfach angefeindet, bedauerlicherweise nicht nur von denen, die an den Dividenden und Zantiemen beteiligt sind, sondern auch von vielen ihrer Opfer, wird es immer mehr und mehr Sache der allgemeinen Überzeugung, daß die in den Banken verbündete Geldübermacht der schwerste Schaden für das Gemeinwohl, das schlimmste Hindernis jeder Höherentwicklung der Kultur, die Ursache der immer weitergreifenden Verarmung, und daß ihr Beseitigung jähin die dringendste aller Forderungen bilden muß. C.